



HESSISCHER LANDTAG

16. 03. 2010

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erstellung einer umfassenden Gesamtbelastungsstudie Luftschadstoffe für den Ballungsraum Rhein-Main

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag hält die von Umweltministerin Lautenschläger vorgelegte Studie "Ausbreitungsrechnungen für den Ballungsraum Rhein-Main als Beitrag zur Ursachenanalyse für den Luftreinhalteplan Rhein-Main" für völlig unzureichend, um die Belastungen der Rhein-Main-Region realistisch zu erfassen und notwendige Gegenmaßnahmen zu treffen. So werden lediglich die Schadstoffbelastungen durch Feinstaub und Stickstoffdioxid beschrieben, aber andere wichtige umweltrelevante Schadstoffe wie Quecksilber nicht. Es wird keine Berechnung der Auswirkungen größerer Vorhaben wie die geplante Erweiterung des Frankfurter Flughafens vorgenommen. Auch die Belastungen der Region durch Lärm bleiben ausgeklammert.
2. Der Landtag stellt fest, dass der gesamte Ballungsraum Rhein-Main einer sehr hohen Belastung durch gesundheitsschädliche Substanzen und auch Lärm ausgesetzt ist, unter der besonders Kinder und kranke Menschen leiden. Bereits jetzt werden die geltenden Grenzwerte für Feinstäube und Stickstoffdioxid nicht eingehalten. Er hält daher die errechnete weitere Erhöhung durch die in der Studie berücksichtigten emissionsrelevanten Großvorhaben (Kohlekraftwerk Mainz-Ingelheim; Kraftwerk Staudinger Groß-Krotzenburg; Ersatzbrennstoffanlage Infraser Frankfurt-Höchst und Gas- und Dampfkraftwerk NUON in Griesheim) hinsichtlich der Belastungen durch Feinstäube und Stickstoffdioxid im Ballungsraum Rhein-Main für alarmierend.

Der Landtag sieht die dringende Notwendigkeit, die Schadstoff- und Lärmbelastung der Menschen im Ballungsraum Rhein-Main schnell und wirksam zu reduzieren. Er kritisiert, dass die Landesregierung bisher keine Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung dieser Belastung und zur Einhaltung der Grenzwerte aufgezeigt hat.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, als sofortige Maßnahme zur Reduktion von Luftschadstoffen und Lärm ein Tempolimit auf den Autobahnen im Ballungsraum Rhein-Main einzuführen, da der Verkehr als Hauptschadstoffquelle ausgewiesen wurde und dies nachweislich die schnellste und kostengünstige Maßnahme für eine wirksame Reduktion von Luftschadstoffen und Lärm ist. Er lehnt es ab, dass Genehmigungen für neue Anlagen, welche die Schadstoffbelastung in der Region weiter erhöhen, erteilt werden, ohne dass gleichzeitig ein schlüssiges Konzept zur Einhaltung der Grenzwerte vorgelegt wird. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, emissionsrelevante Großvorhaben wie den Ausbau des Kohlekraftwerks Staudinger nicht zuzulassen.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich eine umfassende Gesamtbelastungsstudie für Luftschadstoffe und Lärm vorzulegen, die alle bestehenden Emissionsquellen und alle geplanten Vorhaben in der Region berücksichtigt. Dazu gehören neben den erwähnten Großvorhaben Staudinger, NUON und Infraser mindestens noch der Ausbau des Flughafens Frankfurt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in der zu erstellenden Gesamtbelastungsstudie neben den Hauptluftschadstoffen Stickstoffdioxid und Feinstaub in Maßeinheit PM 10 mindestens auch Schwermetalle wie Quecksilber und Cadmium, lungengängige Feinstäube in Maßeinheit PM 2,5, Ozon, Benzol, Toluol, Xylol sowie andere relevante Schadstoffe zu erfassen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der Gesamtbelastungsstudie ein entsprechendes Maßnahmenkonzept vorzulegen, bzw. einen Luftqualitätsplan zu erarbeiten. Darin muss anhand konkreter Maßnahmen aufgezeigt werden, wie die Luftschadstoffe im Ballungsraum Rhein-Main wirksam verringert und die geltenden Grenzwerte schnellstmöglich, spätestens jedoch bis 2015, eingehalten werden können.

Wiesbaden, 16. März 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir